

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Während des Krieges wälken die Freilagen wegfallen.

267

Verzugspreis: vierteljährlich 270 M.,
monatlich 90 M. mit Belegungslohn; durch die
Post 2,55 M. bezw. 85 M. ohne Belegungslohn.

Hachenburg, Mittwoch, den 13. November 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im Voraus):
die sechsseitige Zeile oberer oder
unterer Raum 20 M., die Reklamezeile 60 M.

11. Jahrg.

Aus Liebe zum Volke.

Die Erlasse, Befehle, Anordnungen der neuen Reichs-
regierung liegen vor. Sie sind knapp und klar, ruhig und
sicher, treffen den Punkt, auf den es ankommt, mit un-
erschütterlicher Sicherheit und tiefem Vertrauen ein,
hier ein zielbewusstes Bild der öffentlichen Verwaltung ist,
auch die Kraft inneren Willens scheint, sich durchzusetzen.
Große Aufsicht hat die ständige Revolution
eben erst gelieft. Die Männer, die sie gemacht
haben, was sie wollten und waren, als ihnen der
Macht dafür gekommen ist, unbedingt entschlossen,
hindernisse rücksichtslos fortzuräumen. Darin bestand
ihre hohe Überlegenheit gegenüber den Führern der
politischen Parteien, und gar erst gegenüber den leitenden
Männern in Regierung und Verwaltung, und so mußten
sie gehen.

Doch um Betrachtungen solcher Art, über die Blö-
ssigkeit und die Notwendigkeit der Umwälzung, ist es uns
nicht zu tun. Sie konnte niemandem überraschen
sein, der die Zeichen der Zeit in den letzten
Jahren und Monaten aufmerksam verfolgt und dabei die
tiefen Anzeichen der radikalen Umwälzung auf der
Weltbühne verfolgt hat. Die hilflose Ratlosigkeit der Abwehr auf der anderen
Seite beobachtet hatte. Heute gilt es, den unabänderlichen
Fakt der Dinge mit gefasster Seele hinzunehmen, so-
fort die furchtbare Niederlage, mit der unsere Auf-
stellung gegen die diplomatische-militärische Einkreisung
Deutschlands geendet hat, als auch den nicht
erwarteten Sieg der Sozialisten und
Kommunisten aller Schattierungen im Innern des
Reiches. Wer sich damit begnügen wollte, zu klagen und
zu murren, die Hände in den Schoß zu legen und in
der Hoffungslosigkeit nur einmütig alles über sich
hin zu lassen, der würde unsere Lage nur noch mehr
verschlimmern — bis zu völliger Verzweiflung. Ist es schon
nicht soweit gekommen, daß wir nur noch einen Feind
bekämpfen haben: den Bolschewismus, dann müssen
uns auch aufpassen und unsere letzte Kraft daran setzen,
wenigstens dieser Feindschaft an uns vorüberzugehen.
Jetzt hat er nur vor unseren Toren gelauert. Aber
jetzt hat er hier und da im Reich und vor allem in der Reichs-
verwaltung Fuß gefaßt, sein Haupt zu erheben und sich ganz nach
seinem Willen auf den Thron zu schwingen. Rame es
Anordnungen, zu Verordnungen, zu Hungerrevolten,
wird unfehlbar hinter ihnen herziehen, und bald hätten
die Bolschewisten das Steuer in der Hand. In
Erkenntnis dieser ungeheueren Gefahr sind
uns alle einig, die Alten und die Jungen, die Bürger-
schaft und die sozialistischen Parteien in Deutschland,
daß gibt es im Augenblick nur ein Gebot für jeden,
sein Volk liebt, der seine Heimat schützen will vor
Verwirrung und Verwilderung: mit allen Kräften die
Ordnung bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung
wahren und bei der Sicherstellung unserer Versorgung
unterstützen. Es war ein menschlich schönes Wort des
Herrn, mit dem er sich gleich in seinem allerersten
Erkenntnis dieser ungeheueren Gefahr und die Behörden des Reiches
erklärte: Er wisse, daß es vielen schwerfallen werde, mit
neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten
genommen haben. Aber er appelliert an ihre Liebe zu
dem Volke. Ein Verlangen der Organisation in dieser
ersten Stunde würde Deutschland der Anarchie und
schrecklichen Elend ausliefern. So ist es in der Tat.
dieses schreckliche Elend nicht will, dem bleibt nur
Wahl: er muß helfen, daß die Verwaltung in Stadt
und Land in Ordnung bleibt. Freilich ist es leicht, den
Männern, die auch bisher schon ihr Bestes getan haben,
unser Volk durch die schrecklichen Kriegsjahre, so gut
den Akkord möglich war, hinwegzuführen, jetzt ein
schönes Wort zu geben, nachdem man sie entredet
hat, den Staat, den sie liebten, mit harter Faust zer-
stört hat. Freilich ist es leicht zu erwidern: Ihr seid
schuldig an dieser furchtbaren Zerstörung unserer Lage,
Ihr habt ja gerade diesen Augenblick der höchsten
Gefahr herbeigeführt. Auch in den Sattel zu schwingen, statt
zu helfen, daß es, unter Schonung und Erhaltung
Bestehenden, besser würde, soweit Menschenkraft reicht.
Was nützt das alles, damit kommen wir keinen
Zentimeter weiter. Entschieden kann und muß allein die
Liebe zu unserem Volke. Wer sich auch jetzt noch den
daran bewahrt hat und wer ihn festhalten kann
trotz aller tieftraurigen Erscheinungen, deren Zeugen
in diesen Tagen gewesen sind, daß unser Volk weit
abgehoben zu bleiben, wer dieses Volk retten will, gegen
äußere Feinde, die wir nun bald im Lande haben
werden, aber auch gegen die inneren Mächte der Ver-
wirrung und der Knechtung, der muß mit Hand anlegen
in dieser bittersten Stunde.

Mit gutem Beispiel geht, wie nicht anders zu erwarten
ist, unser Hachenburger mit seinem Großen Generalstab
an, mit gutem Beispiel eben die Leiter unserer großen
Bauwerke in Staat und Stadt, die Militärbehörden,
Polizeipräsidenten, kurz alle führenden Männer auf
den höchsten Posten, die doch gewiß alle ohne Aus-
nahme keine Anhänger der neuen Ordnung sind oder gar
sozialistischen Volksrepublik, auf die wir loskommen.

So wie sie müssen durch das ganze Reich alle Inhaber
verantwortungsvoller Posten, von den größten bis herab
zu den geringsten, ihre Schuldigkeit tun, wenn nicht unsere
Ordnung im Lande vollends zusammenbrechen soll. Auch
die unzähligen freiwilligen Helfer müssen ihre selbst-
übernommenen Pflichten weiter erfüllen, ja wer es irgend
ermöglichen kann, muß seine Dienste ungelohnt der neuen
Verwaltung zur Verfügung stellen — denn wir müssen
jetzt vor allen Dingen arbeiten, arbeiten und noch einmal
arbeiten, um nicht ganz und gar zu versinken in dem all-
gemeinen Elend dieser Zeit.

Milderung des Waffenstillstandes.

Verlängerung der Räumungsfrist. — Nur 10 Kilo-
meter neutrale Zone. — Lebensmittelfuhr nach
Deutschland über See. — Ausdehnung der Waffen-
stillstandsfrist.

Die nachträglich eingetroffenen Nachrichten über ge-
wisse Abänderungen der Waffenstillstandsbedingungen
scheinen geeignet zu sein, nach dem ersten niederstimmernden
Eindruck Hoffnung auf die Möglichkeit eines Aufatmens
zu geben. Vom Pariser Eilekturum werden Änderungen
des Waffenstillstandes gemeldet und zwar nach einer Mel-
dung der deutschen Bevollmächtigten an die deutsche
Oberste Seeresleitung.

Verlängerte Räumungsfrist. — Nur 10 Kilometer
neutrale Zone.

In den Artikeln 4 und 5 wird es heißen statt der
ursprünglichen Fassung: Eine neutrale Zone wird auf
dem rechten Rheinufer zwischen dem Ströme und
10 Kilometer (statt 40 und 30 Kilometer) von dort von
der niederländischen bis an die schweizerische Grenze vor-
behalten. Die Räumung des Rheinlandes, rechts und
links Ufer, durch den Feind, wird in der Weise geregelt
werden, daß sie innerhalb weiterer 16 Tage, mithin im
ganzen 30 Tage (zuerst 14 Tage) nach der Unterzeichnung
des Waffenstillstandes verwirklicht sein kann.

Durch die Verabreichung der neutralen Zone von
30–40 Kilometer auf nur 10 wird eine bessere Verteilung
und Unterbringung der Truppen nach dem Rückzug er-
möglich.

Zufuhr zur See.

Artikel 16, der die Seesperre behandelt, sagte zuerst,
die Blockade sollte aufrechterhalten werden. Die Ver-
bündeten sind aber der Ansicht, daß sie, wenn einmal der
Waffenstillstand beschlossene ist, die Fortdauer der Seesperre
die Versorgung Deutschlands in dem von ihm für nötig
erachteten Maße nicht behindern sollte. Infolgedessen wird
Artikel 16 folgendermaßen lauten: „Die Verbündeten und
die Vereinigten Staaten geben die Versorgung Deutschlands
während des Waffenstillstandes in dem Maße zu, wie sie
es für nötig erachten.“

Die Dauer des Waffenstillstandes wird auf 35 Tage
ausgedehnt mit der Möglichkeit der Verlängerung.
Statt der zunächst ausbedungenen 160 U-Boote sollen
nunmehr alle vorhandenen Unterseeboote abgegeben
werden. Das bedeutet keine Verschärfung, da unsere
Delegierten erklärten, es seien gar nicht mehr 160 U-Boote
vorhanden. Belieben bleiben allerdings die beinahe nicht
ausdenkbaren harten Forderungen nach Abgabe unserer
Transportmittel.

Um die Ausführungen der Abmachungen zu den
günstigsten Bedingungen zu ermöglichen, ist der Grundlag
eines zwischenstaatlichen ständigen Ausschusses angenommen,
der unter der Oberleitung der militärischen und see-männi-
schen Kriegsführung der verbündeten Heere stehen wird.
Die deutsche Abordnung für die Verhandlungen traf heute
auf dem Rückwege wieder in Spa ein.

Der Text der Waffenstillstandsbedingungen

bestätigt in seinen sonstigen Teilen die im Auszug
bekanntgewordenen Forderungen der Entente-mächte. Der
Auszug brachte tatsächlich alle wesentlichen Bedin-
gungen, im weiteren finden sich im Originalskript
nur Ausführungs- und Nebenbestimmungen.
Hervorzuheben ist noch, daß Requisitionen ver-
langt wird für alle von der Entente zu besetzende
Gebiete, daß die deutsche Unterhaltungsfrist gegenüber
den fremden Truppen nicht auf Essig-Lothringen aus-
gedehnt werden soll, sondern nur auf die Besatzung der
Rheinlande Bezug hat. Die Verbündeten sollen freien
Zugang zu den von den Deutschen an den Ostgrenzen
geräumten Gebieten, sowohl über Danzig wie auch über
die Weichsel haben. Deutschland soll sämtliche Häfen des
Schwarzen Meeres räumen und die beschlagnahmten
russischen Kriegsschiffe den Verbündeten abgeben.

An die internationale Sozialdemokratie

wandten sich die beiden sozialdemokratischen Parteien
Deutschlands unter der Adresse des schwedischen Reichstags-
abgeordneten Branting in Stockholm. — In dem Text
der Depesche heißt es über die herben Waffenstillstands-
forderungen: Einige der Bedingungen bedrohen die
ohnhinterfragbare Existenz des befreiten und friedensbereiten

deutschen Volkes. Der Tag der Freiheit und des Friedens
darf nicht der Tag der Rötung von Millionen werden.
Die Verständigung und das brüderliche Empfinden der
Nationen können nicht zur Wirklichkeit werden, wenn der
Hungerkrieg gegen Wehrlose. Wir rufen die Genossen in
den gegen Deutschland verbündeten Ländern auf, ihre
Stimmen mit den unseren zu vereinen. An Sie, werter
Genosse Branting, richten wir die Bitte, der Internationale
diesen Appell zu übermitteln.

Appell aus Bayern.

Die Staatssekretär Goll hat auch die Regierung
Bayerns — unterzeichnet „Das Ministerium des bayerischen
Volksstaates, Kurt Eisner“ — einen Appell gegen die
schlimmsten Forderungen der Waffenstillstandsbedingungen
an Wilson, dann aber auch an die Regierungen
Englands, Frankreichs und Italiens gerichtet. Die
Kundgebung verweist zunächst auf die Ergebnisse der
revolutionären Erhebung in Deutschland und sagt dann:
In diesem Augenblick stürzt auf das junge Bayern die Ver-
öffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten
Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Er-
folg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört.
Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Be-
dingungen unverändert sein sollten, in kurzer Zeit Wüste
und Chaos sein. ... Werden die Forderungen aufrecht-
erhalten, so gehen wir Zuständen entgegen, die keine
menschliche Phantasie sich vorstellen kann. ... Der
Völkerbund, der das gemeinsame Ideal der Menschheit
geworden ist, kann niemals werden, wenn er beginnt mit
der Ausrottung des jüngsten Gliedes demokratischer
Kultur. Wir beschwören euch, die Regierungen wie das
Volk, in einer erhabenen Selbsterkennung die für alle
verhängnisvolle Liquidierung des Weltkrieges in gemein-
samer Arbeit der Sieger und Besiegten zu unternehmen.

Weitere Erleichterung der Bedingungen.

Es werden amlich noch folgende weitere Änderungen
der ursprünglichen Bedingungen gemeldet:

Die Zahl der anzuliefernden Kraftwagen wird
auf 5000 statt auf 10000 festgesetzt. Bezüglich der Kriegs-
gefangenen ist vereinbart, daß die Heimkehr der deutschen
Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz
interniert sind, wie bisher fortgesetzt wird. Die Heim-
kehr der deutschen Kriegsgefangenen wird bei Abschluß
der Vorfriedensverhandlungen geregelt.

Was die Räumung der Ostgebiete anbelangt, so müssen
Österreich, Rumänien und die Türkei sofort geräumt
werden, die vor dem Kriege zu Rußland gehörenden Ge-
biete sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der
inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen
erachten.

Bezüglich Ostafrikas wird bestimmt, daß das Gebiet
innerhalb eines Monats von allen deutschen Streitkräften
geräumt sein muß.

Unter der neuen Regierung.

Das preussische Kabinett.

Berlin, 12. November.

In Berlin ist es am Montag noch zu einigen
Schiebereien gekommen, doch darf man sagen, daß die
Ruhe jetzt im wesentlichen hergestellt ist. Dafür spricht
auch die Aufhebung des Verbots für Zivilpersonen, nach
8 Uhr abends noch auf den Straßen zu sein. Die Auf-
hebung erfolgte Dienstag früh und wurde von den
Berlinern um so mehr begrüßt, als die Unterbindung des
Verkehrs zur Nachtzeit für die Riesenstadt nicht allein
Unannehmlichkeiten für den einzelnen, sondern auch schwer-
wiegende Gefahren für Gewerbe und Versorgung in sich
schließt.

Der Volksrat des A.S.R. hat zu Mitgliedern des
politischen Kabinetts für Preußen folgende Genossen er-
nannt: Paul Strich und Heinrich Strobel als Vorsitzende,
ferner Otto Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann. Ein
sechstes Mitglied tritt noch hinzu.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen
Landwirtschaftsministeriums sind die Genossen Otto Braun
und Adolf Hofer, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der
inneren Verwaltung die Genossen Paul Strich und Emil
Fischhorn, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Grob-
berliner Polizei Genosse Eugen Ernst, mit der Wahr-
nehmung der Geschäfte des bisherigen Finanzministeriums
Genosse Dr. Albert Südekum, mit der Wahrnehmung der
Geschäfte des bisherigen Kultusministeriums die Genossen
Adolf Hoffmann und Konrad Henrich beauftragt. Die
Vervollständigung der Regierung erfolgt baldigst.

Die bisherigen Staatssekretäre im Amt.

Die Staatssekretäre und die Chefs der Reichsbehörden
sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiter-
führung der Geschäfte beauftragt worden. Das Einbringen
unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichs-
behörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch
solche Personen ist nicht gestattet.

Der von den A.S.R. Grob-Berlin gewählte Volk-

ausgerat des AuSR. hat seine Tätigkeit aufgenommen. Alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militär-Behörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrats des AuSR. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörden Folge zu leisten. Alle seit Beginn der Revolution im Bereiche Groß-Preussens provisorisch gebildeten Körperlichkeiten, auch solche, die den Namen AuSR. führen und bestimmte Verwaltungsmassnahmen ausgeführt haben, treten sofort außer Kraft.

Demobilisationsamt.

Zur Überführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden ist eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung: „Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation (Demobilisationsamt)“ errichtet worden. Mit der Leitung dieses Amtes ist mit Zustimmung des Herrn Kriegsministers der bisherige Oberleutnant Roeth, Leiter der Kriegsdienstverweigerungsabteilung, beauftragt worden. Alle Zivil- und Militärbehörden werden aufgefordert, den Befehlen des Herrn Roeth in Angelegenheiten der wirtschaftlichen Demobilisation unweigerlich und mit größter Beschleunigung Folge zu leisten.

Wegfall von Zensur- und Versammlungsbeschränkung.

Der Volksbeauftragte für die öffentliche Sicherheit Eichhorn macht bekannt: Die Zensur und alle die Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränkende Vorschriften sind hienmit aufgehoben. Alle Gast- und Schankwirtschaften haben gleichmäßig um 12 Uhr abends zu schließen. Alle bisherigen sonstigen gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen bleiben bis auf weiteres in Kraft. Das unbefugte Tragen von Waffen seitens der Zivilbevölkerung ist verboten. Sämtliche Beamten der Polizei des Landespolizeibezirks Berlin und der Feuerwehren bleiben bis auf weiteres in ihren Ämtern.

Die kaiserliche Familie unter Schutz des AuSR.

Seit der Bildung des AuSR. in Potsdam ist das Neue Palais unter seinen Schutz gestellt. Die Kaiserin, die Kronprinzessin und die übrigen Prinzessinnen mit ihren Kindern befinden sich dort in völliger Sicherheit; die Kaiserin hat selbst Veranlassung genommen, einem Vertreter des Soldatenrates ihren Dank für den bisherigen Schutz auszusprechen, und angeboten, sich dem weiteren Schutz zu unterstellen. Das Gerücht, wonach die Kronprinzessin von Zwillingen entbunden sei und daß die Kaiserin in Holland weilt, ist falsch.

Theater und Banken geöffnet.

Das Verkehrsleben der Bankwelt hat, soweit dies äußerlich an den Bankstellen zum Ausdruck kommt, eine Beeinträchtigung nicht erfahren. Der Verkehr in der Reichsbank, den großen Bankhäusern, den Zweigstellen und Sparkassen wickelte sich vollständig glatt ab. Insbesondere fand eine verstärkte Abhebung von Geldern und Wertpapieren statt. Auch Theater und Kinos sind wieder in Betrieb. Die Universität ist noch geschlossen. Die Angelegenheiten der Studierenden nimmt ein provisorisch gebildeter „Studentenrat“ im Reichstag wahr. Dagegen ist die Handelshochschule wieder in Betrieb.

Die Bewegung im Reiche.

Auch im Osten erfährt die Bewegung immer weitere Gebiete. Königsberg, Allenstein, Insterburg, Gumbinnen, Graudenz, Thorn, Ostpreußen, Posen, Bromberg sind in den Händen des AuSR. Alle Gebiete von kleinen Ausdehnungen ist die Umwandlung überall in Ruhe und Ordnung und ohne Blutvergießen erfolgt.

In Württemberg hat die neue provisorische Regierung, bestehend aus Bloß, Baumann, Crispian, Heymann, Kiene, Viehsing, Lindemann, Schreiner, als Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte Baumann für das Ernährungswesen, Kiene für die Justiz, Viehsing für die Finanzen berufen. Das Verkehrsleben bleibt dem Ministerium des Auswärtigen unterstellt mit dem bisherigen Präsidenten Stieler und Messer für Eisenbahnen und Postwesen. Die Gestaltung der Dinge erfolgte im Einvernehmen mit dem AuSR.

Aus Dresden wird berichtet: Im Plenarsitzungs-saale der Zweiten Kammer hat sich am 11. November ein aus Abgeordneten des AuSR. bestehendes Vorparslament ausgetan, das dort unter Ausschluß der Presse tagt. Die Führung ist jetzt unbestritten aus den Händen der Wehrheitssozialisten in die der Unabhängigen übergegangen. An der Spitze stehen der Landtagsabgeordnete Fleißner und der Reichstagsabgeordnete Mühl. Eine Gruppe der neuen Abgeordneten hat sich bereits zu einer Fraktion der internationalen Kommunisten zusammengesetzt. Die politische Selbständigkeit beider Parteien bleibt bestehen.

In Baden soll einem vom Soldatenrat und Wohlfahrtsausschuß in Karlsruhe erlassenen Aufruf zufolge eine auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gebildete Nationalversammlung darüber entscheiden, welche Staatsform — Monarchie oder Republik — für Baden zu wählen ist. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft ein Bestandteil des Deutschen Reiches bilden. Der Wamheimer AuSR. drängt aber in der Frage der Staatsform zu schnellerem Entschluß. Er hat am Sonntag früh die Ausrufung der sozialen Republik beschlossen.

In Hessen-Darmstadt wurde der sozialistischen Fraktion der bisherigen Zweiten Kammer die Bildung des Ministeriums übertragen. In einem Aufruf des AuSR. heißt es: Großherzog Ernst Ludwig wird abgesetzt und das Großherzogtum als Republik erklärt. Die großherzoglichen Domänen verfallen dem Lande. Alle Sonderrechte der Geburt und des Standes werden beseitigt. Sämtliche im Großherzogtum befindlichen Fideikommiss sind aufzulösen. Vollständige Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet.

Aus Oldenburg wird berichtet, daß Großherzog Friedrich August für sich und die Dynastie auf den Thron verzichtet hat.

Einseitlich des Thronverzichtes des Fürsten von Waldeck und Pyrmont erhielt der AuSR. auf eine an den Ratskammer in Ar. n gerichtete Anfrage die Antwort, die Erledigung dieser Frage sei Sache des Staatsministeriums. Im übrigen wisse man ja noch nicht, wie sich das Waldecker Volk zur Abdankungsfrage stelle. Mit der Bemerkung, daß eine freiwillige Abdankung aus naheliegenden Gründen zu empfehlen sei, brach der AuSR. die Erörterung zunächst ab.

Verschiedene Meldungen.

Detmold, 12. Nov. Fürst Leopold IV. zur Lippe hat dem Throne entsagt.

Wien, 12. Nov. Die Festung Wien ist seit Sonntag in der Gewalt des AuSR. Das Generalkommando und das Gouvernament haben sich den Soldatenräten unterstellt. Vollzugsrat, Telegraphenamt und Bahnhof sind besetzt.

München, 12. Nov. General Speidel gibt mit Genehmigung des Ministers für militärische Angelegenheiten in einem Erlaß bekannt, daß der König zurzeit nicht auffindbar sei.

München, 12. Nov. Wie die Abendzeitung erfährt, beabsichtigen die neuen bayerischen Staatsminister sein Jahresgehalt, sondern eine Dienstaufwendungsentschädigung, die sich in ihrer Höhe wenig von dem Tagegeld eines Landtagsabgeordneten unterscheidet.

München, 12. Nov. Es sind Vorbereitungen im Gange, um aus allen Teilen der ländlichen Bevölkerung Bayerns einen Bauernrat von 50 Personen zu bilden, der zusammen mit dem bisherigen provisorischen Parlament den provisorischen Landtag bilden soll. Nach Konstituierung dieses Bauernrates wird das provisorische Parlament vollständig sein.

Dresden, 12. Nov. Heute nehmen die Organe der Dresdener Volksgewalt besetzt und in Uniform den Sicherheitsdienst in der Stadt wieder auf.

Verenburg, 12. Nov. Der Prinzregent hat heute für den Herzog Joachim Ernst von Anhalt auf den Thron, sowie für das herzogliche Haus auf das Thronfolgerecht verzichtet und seinerseits die Regentenschaft des Herzogtums niedergelegt.

Deutsch-Österreichischer Anschluß ans Reich

Beschluß des Staatsrats.

Wien, 12. November.

Die von allen Parteien dies- und jenseits der Grenzpfähle schon vor der deutschen Umwälzung sympathisch begrüßte Idee des Anschlusses der deutsch-österreichischen Länder an das Deutsche Reich scheint nun Tatsache werden zu sollen. In Wien legte gestern der Staatskanzler Renner dem Staatsrate einen Gesetzentwurf an die heute beginnende Nationalversammlung vor, in der Deutsch-Österreich als Republik und als Bestandteil der Deutschen Republik erklärt wird.

Der Staatsrat hat den Gesetzentwurf angenommen, in dem Deutsch-Österreich als Republik und als Bestandteil der Deutschen Republik erklärt wird. Der Präsident des Staatsrates Seitz begab sich sofort nach Festung des Geschlusses mit Renner und Staatsnotar Schönbauer zu dem Ministerpräsidenten Tomasek, um ihm den Beschluß des Staatsrates mitzuteilen.

Die konstituierende Nationalversammlung soll im Januar 1919 gewählt werden. Sie beruht auf der Verhältniswahl und auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes. Nach den gleichen Grundbegriffen ist das Wahlrecht und das Wahlverfahren der Landesherrschaft, Bezirke und Gemeinde-Vertretungen zu ordnen.

Verschiedene Meldungen.

Warschau, 12. Nov. Aus Krakau wird gemeldet, daß aus Österreich-Ungarn über die polnischen Länder eine Massenflucht der russischen Gefangenen begonnen hat. Alle Züge sind überfüllt. Auf den Stationen herrscht Chaos. Die Gefangenen schlagen den Wägen auch vielfach zu Fuß ein und rauben unterwegs alle Lebensmittel. Sie sind im Besitz von Waffen und Munition.

Wien, 12. Nov. Der Staatsrat ordnete infolge der im Umlauf befindlichen Gerüchte über einen gegenrevolutionären Aufstand die Befestigung aller Festungen, des Kriegsministeriums und der militärischen Kommandostellen an. Die Umgebung des Schönbrunner Schlosses ist vollständig abgesperrt.

Prag, 12. Nov. Gestern ist hier eine Abordnung des Auswärtigen Amtes aus Deutschland eingetroffen, um mit der tschechischen Regierung Verhandlungen zu pflegen. Es dürfte sich um die Frage Deutsch-Böhmen handeln.

Hindenburg an die Armee.

Berlin, 12. November.

Generalfeldmarschall von Hindenburg läßt einen Erlaß an die Armee veröffentlichen, in dem er die gewaltigen Taten des Heeres hervorhebt und sagt, daß bei der wachsenden Segnerzahl und den sonstigen Mißverhältnissen trotzdem die deutsche Regierung sich zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen mußte. Unrecht und stolz, heißt es weiter, gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden, mit dem Bewußtsein, daß wir unser Land unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben. Schöpfen wir neue Kraft. Dann bittet Hindenburg die Armee um Selbstbeherrschung, Disziplinierung und Schlichte: Im Kampfe habt ihr euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf euch.

Rumänen will noch Krieg führen.

Nach dem Vorgang der Obersten Heeresleitung, die ihre Kräfte in der Sorge um die Wahrung der Ordnung und damit den Interessen des deutschen Volkes den Geboten der Stunde unterstellte, hat nun auch das Oberkommando im Osten seine Bereitwilligkeit erklärt, an der Regelung der Verhältnisse mitzuarbeiten.

Der Berliner AuSR. teilt mit: Der Oberbefehlshaber Ost mit den unterstellten Armeen stellt sich in gleicher Weise wie die Oberste Heeresleitung zur Verfügung.

Die Abgeordneten des Kölner AuSR. haben im Großen Hauptquartier eine mehrstündige Beratung mit der Obersten Heeresleitung gehabt, die in allen wichtigen organisatorischen Fragen zu einer vollen Einigkeit geführt hat.

Nachträgliche Kriegserklärung Rumäniens.

Die Münchener Morgenblätter bringen Privattelegramme, wonach die neue rumänische Regierung Deutschland den Krieg erklärt und zugleich an Ungarn ein Ultimatum auf Herausgabe der siebenbürgischen Landesteile gestellt habe.

Offenbar fürchten die Rumänen, nachdem sie ihre große Heldentat in diesem Kriege schon ausgespielt hatten, sie würden nicht als Gleichberechtigte an den Verhandlungstisch gelangen und verüben nun nachträglich diese ironische Kriegserklärung. Die Rumänen sollen bereits in die Dobrudscha und Siebenbürgen eingedrungen sein.

Polnischer Einbruch in Oberschlesien und Posen.

Es liegen, wie die Politisch-parlamentarischen Nachrichten mitteilen, verlässliche Meldungen vor, daß sowohl

in Oberschlesien als auch im böhmisches Gebiet polnische Legionäre und undisziplinierte Verbände eingebrochen sind und raubend und plündernd Besitz von den Zivilisten ergreifen. Der Rat der Volksbeauftragten hat gemeinsam mit dem AuSR. energische Massnahmen beraten, um die deutschen Volksgenossen in diesen Gebieten zu schützen. Truppen sind unterwegs.

Das englische Schlachtschiff „Britannia“ verläßt.

Die englische Admiralität teilt mit: Das englische Schlachtschiff „Britannia“ ist am 9. November am westlichen Eingang der Straße von Gibraltar torpediert worden und gekentert. 36 Offiziere und 673 Mann sind getötet. Die „Britannia“ ist im Jahre 1904 gebaut und hat ein Tonnemass von 16 350 Tonnen. Ihre Besatzung betrug 777 Köpfe. Vierzig Personen sollen nach einer plötzlichen Meldung ertrunken sein.

Aufstandeneigung unter französischen Truppen.

Zu der Mitteilung, daß die alliierten Truppen bis auf weiteres Befehl erhalten haben, die fest besetzten Linien nicht zu überschreiten, wird an gutunterrichteter Stelle gesagt, man wolle vermeiden, daß die französischen Truppen in Berührung mit deutschen Truppenteilen kommen, da man befürchtet, daß eine aufständische Bewegung unter den französischen Truppen eintreten könnte.

Zum Aufenthalt des Kaisers in Holland.

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird aus dem Haag gemeldet, daß die niederländische Regierung wegen des Aufenthaltes des Kaisers in Holland keine Veranlassung sehen wird. Er befindet sich als Privatperson in der gleichen Lage, wie andere Flüchtlinge in fremden Ländern. Von dem früheren Kaiser soll nicht verlangt werden, daß er das übliche Ehrenwort der Internierten gibt. Es wird stillschweigend angenommen, daß er über diesen moralischen Verpflichtungen steht. Es wird ihm eine ziemliche Bewegungsfreiheit zugestanden.

Der Kronprinz bei den Truppen an der Front.

Die Meldung, daß der frühere Kronprinz sich mit dem Erlaß nach Holland begeben hätte, ist, wie M.T. erzählt, nicht richtig. Der frühere Kronprinz befindet sich bei den Truppen an der Front.

Nach Meldungen von der deutsch-dänischen Grenze in Brigg Heinrich bereits am Freitag in Dänemark eingetroffen und hat in dem südschlesischen Städtchen Banders Aufenthalt genommen.

Verschiedene Meldungen.

Essen a. Ruhr, 12. Nov. Bei der Firma Krupp in Essen wurden bisher 10 000 auswärtige Arbeiter entlassen.

Karlsruhe, 12. Nov. Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden ist gestern in Karlsruhe eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich der Herzog und die Herzogin von Braunschweig.

Berlin, 12. Nov. In den kleineren Gemeinden in der weiteren Umgebung Berlins sind zum Teil Bürgerwehren begründet worden. Sie üben auch nachts Nachtdienst aus, um Einbrüche und Diebstähle zu verhindern.

Amsterdam, 12. Nov. Nach Meldungen aus Washington sind nun alle noch nicht verlassenen Aufrufungen für den Militärdienst zurückgezogen worden.

London, 12. Nov. Das Munitionsministerium erteilt Instruktionen für alle Fabriken, die für das Ministerium arbeiten, die Erzeugung allmählich ohne sofortige allgemeine Entlassung der Arbeiter einzuschränken.

Abendliche Wahl zur Nationalversammlung.

Berlin, 12. Nov. Die Reichsregierung hat in vollständiger Übereinstimmung mit dem Vollzugsrat des AuSR. beschloffen, nach Regelung der wichtigsten Fragen sofort die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung vornehmen zu lassen.

Anschlag gegen das Karlsruher Schloß.

Karlsruhe, 14. Nov. Gegen das Residenzschloß wurde in der vergangenen Nacht ein Anschlag verübt, der aber misslungen ist.

Friedensschluß in fünf Wochen.

Genf, 14. Nov. Aus New York wird gemeldet, der Abschluß des Friedens sei in fünf Wochen zu erwarten.

Revolutionäre Bewegung in England und Frankreich.

Berlin, 12. Nov. Nach zuverlässigen Nachrichten, die dem Vollzugsrat des AuSR. zugegangen sind, hat sich in England und Frankreich eine revolutionäre Bewegung entwickelt, die schnell an Umfang gewinnt.

Die Engländer in Odessa.

Järich, 14. Nov. Das ukrainische Telegr.-Bureau berichtet, daß der Regierung die Meldung zugegangen ist, die Engländer seien in Odessa eingezogen.

Eingreifen der Westmächte in der Schweiz.

Bern, 14. Nov. Das „Berner Tageblatt“ kündigt eine bevorstehende Intervention der Westmächte in der Schweiz an, da die bolschewistischen Umtriebe einen großen Umfang angenommen haben.

Die Armeen in Holland.

Osna, 12. Nov. Die sozialistischen Führer bemühen sich mit allen Kräften, die unruhigende revolutionäre Bewegung in geordnete Bahnen zu lenken.

Abrüstung der holländischen Armee.

Rotterdam, 12. Nov. Die Demobilisierung der holländischen Armee hat begonnen. In der Zeit vom 14. bis 19. November werden 100 000 Mann entlassen.

Fünftägige Schlacht zwischen Polen und Ukrainern.

Wien, 12. Nov. In Lemberg haben fünftägige Kämpfe zwischen Ukrainern und Polen stattgefunden. Die Ukrainer behielten schließlich die Oberhand.

Prinz Friedrich Karl abgert.

Helsingfors, 12. Nov. In der Vollziehung des Landtags teilte Professor Jägmann die Antwort des Prinzen Friedrich Karl auf die ihm angebotene Thronkandidatur mit. Der Prinz erklärt, daß er infolge von Umständen, über die er nicht bestimme, die endgültige Entscheidung aufschieben müsse.

Die russische Kadettenpartei will mit beraten.

Stockholm, 14. Nov. Nach einer Meldung aus Petersburg hat die Kadettenpartei beschloffen, eine Abordnung an die Verhandlungsregierungen zu entsenden, um ihnen die Vorschläge vorzutragen, an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu dürfen.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:

Theodor Kirchhölzel in Gochsburg.